

## Öffentliche Sitzung

des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung

am Mittwoch, den 31.01.2024

im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

#### **stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

#### **CDU**

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

#### **SPD**

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

#### **sozial.ökologisch.links.**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

#### **Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
Streit

#### **Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele

#### **FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

#### **Verwaltung**

Herr Klaus Arnholdt

Herr Jan Fischer

Frau Maite Galagorri

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Herr Dieter Popp

Herr Jürgen Stemke

#### **Schriftführer**

Herr Richard Neiszer

Abwesend:

**CDU**

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

## Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Vorstellung der neuen Mobilitätsmanagerin in Schwäbisch Gmünd
- 2** Feststellungsbeschluss der Kommunalen Wärmeplanung Schwäbisch Gmünd – Endbericht (Maßnahme 2 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für Morgen“)
- 3** Hangabsicherung Außenanlagen Neubau Kindergarten Kunterbunt  
hier: Vergabebeschluss
- 4** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 C "Neues Wohnen Güglingstraße", Gemarkung Bettringen, Flur Bettringen  
- Entwurfsbeschluss
- 5** Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes "Erneuerbare Energien" der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit dem Zieljahr 2035  
- Aufstellungsbeschluss
- 6** Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035  
- Entwurfsbeschluss
- 7** Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 9. Änderung (Güglingstraße), Gemarkung Bettringen, Flur Bettringen  
- Entwurfsbeschluss
- 8** Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten, 15. Änderung Strutfeld 4. Erweiterung Wohnen, Gemarkung Bargau  
- Aufstellungsbeschluss
- 9** Kulturzentrum Prediger in Schwäbisch Gmünd  
Austausch Hackgutkessel
- 10** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 10.1** Windvorranggebiet Lauterstein
- 10.2** Klimaanpassungskonzept
- 10.3** Wasserstoff-Elektrolyseur auf dem Gügling
- 11** Bekanntgaben
- 11.1** Leihfahrradsystem Schwäbisch Gmünd - Kündigungswunsch gegenüber Deutsche Bahn Connect GmbH - RegioRad
- 12** Anfragen
- 12.1** Wohnbauvorhaben am Fünfknopfturm

## 12.2 Wasserspiele und Baubotanik auf dem Marktplatz

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1      Vorstellung der neuen Mobilitätsmanagerin in Schwäbisch Gmünd**  
**Vorlage: 007/2024**

**Protokoll:**

Frau Galagorri, neue Mobilitätsmanagerin im Amt für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung, stellt sich vor.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung und bekräftigt, dass einige Aufgaben und Projekte in ihrem Fachbereich anstehen. Er möchte wissen, ob die Stelle befristet sei.

Oberbürgermeister Arnold entgegnet, die Stelle sei unbefristet.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/ Die Grünen begrüßt Frau Galagorri in ihrem Team und freut sich auf die Zusammenarbeit auch mit den Gremien. Er wünscht sich insbesondere beim intermodalen Verkehrsmodell weitere Initiative und eine aktive Mitnahme und Beteiligung der Gremien.

Stadtrat Schwab/SPD heißt Frau Galagorri willkommen und bekräftigt, bei der Mobilitätswende sei in Schwäbisch Gmünd noch einiges zu tun, insbesondere was den Ausbau der Fahrradstraßen anbelangt.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. bedankt sich ebenfalls bei Frau Galagorri für die kurze Vorstellung und möchte wissen, ob sie bereits einige Schwerpunkte setze für ihre zukünftige Arbeit.

Frau Galagorri antwortet, sie habe sich bisher in vorhandene Unterlagen und die laufenden Projekte eingesehen und verschaffe sich zunächst einen Überblick, um die anstehenden Aufgaben und Projekte zu priorisieren und zu bewältigen.

Oberbürgermeister Arnold entgegnet, dass man u. a. auch Einfluss auf die aktuellen Planungen zum Ausbau der Bundesstraße 29 und die hier anhängige Radwegeverbindung Richtung Aalen nehmen müsse, da jetzt zu Beginn, solange das Planfeststellungsverfahren noch nicht offiziell eingeleitet wurde, noch gute Möglichkeiten bestehen den Willensbildungsprozess hierfür zu organisieren.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste heißt Frau Galagorri willkommen. Die Bürgerliste wünscht sich insbesondere Kontinuität im Amt für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW wünscht einen guten Start, sieht große Aufgaben die in ihrem Fachbereich bevorstehen und sichert Unterstützung bei der Zusammenarbeit zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2      Feststellungsbeschluss der Kommunalen Wärmeplanung Schwäbisch Gmünd  
– Endbericht (Maßnahme 2 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für Morgen“)  
Vorlage: 188/2023/1**

**Protokoll:**

Herr Fischer stellt die Kommunale Wärmeplanung anhand der beigefügten Präsentation und Anlagen vor.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die detaillierte Auflistung der Maßnahmen und bittet Herrn Geberth um Auskunft zum weiteren Fahrplan.

Herr Geberth äußert, dass man nach dem 07.02. die Wärmeplanung samt der Anhänge dem Regierungspräsidium zur Verfügung stelle und über eine entsprechende Datenplattform dort hochladen werde. Er weist auch nochmals darauf hin, dass die kommunale Wärmeplanung keinen verbindlichen Charakter habe, sondern lediglich Möglichkeiten aufzeige. Zur allgemeinen Einordnung und Information zu Änderungen im Gebäudeenergiegesetz erklärt er, dass neue Heizungen in Neubauten innerhalb von Neubaugebieten ab dem 01.01.2024 zu 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssten. Für bestehende Gebäude und Neubauten die in Baulücken errichtet werden, gilt eine Übergangsfrist bis 01. Juli 2028. Beim kommunalen Wärmeplan beginne man nun mit ersten konkreten Schritten beim Ausbau des Wärmenetzes in Bettringen, und wolle danach in Gespräche gehen mit Weiler i. d. B. um dort Möglichkeiten auszuloten.

Herr Ernst bekräftigt, dass wir im Vergleich zu anderen Kommunen mit der kommunalen Wärmeplanung schon sehr weit sind. Er erläutert weitere Ausführungen anhand der beigefügten Präsentation und Anlagen zum Ausbau des Nahwärmenetzes in Bettringen.

Oberbürgermeister Arnold betont zwei Dinge die es beim Ausbau des Wärmenetzes in Bettringen zu beachten gelte: Man benötige eine Förderung, um hier wirtschaftlich zu sein. Eine mögliche Förderung werde auf übergeordneter politischer Ebene entschieden. Diese politische Entscheidung falle leichter, wenn die Wirtschaft wachse. Zurzeit sei dies allerdings das Problem. Es liege hier also nicht allein an der Kommunalverwaltung, Vorhaben hier positiv zum Abschluss zu bringen. Man habe nun anhand der verpflichtenden Wärmeplanung bei den Bürgerinnen und Bürgern Hoffnungen geweckt, komme am Ende aber vielleicht zu dem Ergebnis, dass mangels Fördermittel doch nichts konkret umgesetzt werden könne. Zweitens rechne und erwarte

er, dass sich bei konkreten Maßnahmen der kommunalen Wärmeplanung auch die Landes- und Kreiseinrichtungen beteiligen, und nicht wie zuletzt geschehen aus anderen Wärmenetzen sogar zurückziehen. Je mehr sich daran beteiligen würden, desto wirtschaftlicher und machbarer werden die Maßnahmen.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorträge und Einblicke in die geleistete Arbeit. Es gehe um zwei Dinge. Die Wärmeplanung als Orientierungsgrundlage für strategische Entscheidungen. Er finde es gut, dass wir in Schwäbisch Gmünd nun auch konkrete Maßnahmen daraus umsetzen wollen. Hierzu wurden alle Ortsteile und die Innenstadt beleuchtet. Dies sollte nun für die Bürgerinnen und Bürger noch etwas konkretisiert werden, damit diese im Falle eines bevorstehenden Heizungsaustausches Klarheit und einen Anhaltspunkt haben, ob ein Wärmenetz in ihrem Gebiet für die Zukunft umgesetzt werden könne oder nicht. Er findet es gut, dass in Bettringen Ost mit dem Wärmenetz nun konkret gestartet werden soll. Es dürfe nicht passieren, dass dies nicht zur Umsetzung kommt, denn die Menschen in Bettringen waren bei der Infoveranstaltung hierzu sehr begeistert. Man wisse, dass das Netz nur funktioniere, wenn es wirtschaftlich betrieben werden könne, und hierzu sei die Anschlussquote sehr wichtig, wie auch Herr Ernst schon erläutert hat. Er bitte daher darum, die Stadtwerke personell gut für diese bevorstehende Aufgabe auszustatten und Herrn Nothofer hierbei zu unterstützen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortag. Er verstehe nicht, wieso in der Öffentlichkeit eine negative Stimmung zu dem Gesetz entstanden sei. Das Gesetz biete eine tolle Möglichkeit, da nun konkrete übergeordnete Daten zu Abwärmepotenzialen, lokaler Holzgewinnung usw. vorlägen. Mit der kommunalen Wärmeplanung habe man nun ähnlich wie beim Flächennutzungsplan eine übergeordnete Planung um das Wesentliche zu klären und man freue sich, dass man hier nun frühzeitig dran sei. Jetzt gehe es darum das Ergebnis der kommunalen Wärmeplanung weiter zu vertiefen. Er stimme seinem Vorredner zu und sehe, dass die Stadtwerke hier nun konkrete Maßnahmen angehen.

In Bettringen habe man für das Wärmenetz zunächst einmal die Grundlast der Abwärme des Elektrolyseurs. Ebenso habe man als Spitzenlast Holz, hier müsse man allerdings schauen wie die lokale Wertschöpfung ausfalle und wie diese eingebracht werden könne. Eine weitere Diskussion wünsche man sich über weitere technische Möglichkeiten, bspw. oberflächennahe Geothermie, Solar-Freiflächenanlagen usw. Mit was man das Wärmenetz letztlich betreibe, sei aber ein zweiter Punkt.

Ziel des Gesetzes und der Wärmeplanung sei es nie gewesen, eine fertige konkrete Planung zu bekommen, bei der jeder Eigentümer gleich wisse, ob man an ein Wärmenetz anschließen könne oder nicht. Diese Erwartungen seien in der Öffentlichkeit zwar irgendwie geweckt worden, aber dies war nie Basis des Gesetzes.

Die vorliegende Wärmeplanung habe gezeigt, dass viele Gebiete locker bebaut seien, in denen sich eine Wärmeplanung nicht lohne. Diese Leute wüssten nun, dass dort nie ein Wärmenetz komme, da es nie wirtschaftlich betrieben werden könne.

Für diese Leute seien Einzelheizungen oder nur kleinere individuelle Wärmenetze die wirtschaftliche Lösung. Als lokale Initiative begrüße man bspw. kleinere geplante Wärmenetze wie in Weiler i. d. B. angedacht, da sich dort die sehr aktive Forstbetriebsgemeinschaft einbringen möchte. Für ihn sei aber ein zentraler Punkt die Altstadt, die in der Priorität weiter erhöht werden sollte, denn hier gebe es keine Alternativen. Hier gebe es sehr wenige Möglichkeiten für Wärmepumpen, Tiefenbohrungen etc., daher brauche es unbedingt die Möglichkeit eines Wärmenetzes. Was in der Wärmeplanung auch deutlich werde, ist der zurückgehende Wärmebedarf aufgrund

energetischer Sanierungen. Das mache Wärmenetze zwar aus betriebswirtschaftlicher Sicht unwirtschaftlicher, aber auch damit könne man klarkommen, wenn es in der Wärmeplanung sinnvoll berücksichtigt werde.

Herr Ernst entgegnet, dass die Altstadt auch für die Stadtwerke hohe Priorität habe. Zunächst gehe man den Gügling und Bettringen an, aber die Altstadt werde aus den vorgenannten Gründen und Alternativlosigkeit ebenso angegangen.

Er möchte dennoch darauf hinweisen, auch die Inseln nicht zu vernachlässigen, also dort, wo keine großen Nahwärmenetze entstehen könnten wie beispielsweise in der Weißensteiner Straße, oder vereinzelt in Lindach. Bezugnehmen auf Herrn Stadtrat Bläse möchte man weitere Klarheit für die Bürgerinnen und Bürger in Form einer Broschüre schaffen, und so weitere Infos zu geplanten oder möglichen Wärmenetzen zur Verfügung stellen. Um die Frage des Nutzens der Wärmeplanung zu beantworten, verweist er auf die lokale Wertschöpfung und Nutzung eigener vorhandener Quellen und Potenziale.

Stadtrat Schwab/SPD ergänzt, dass Baden-Württemberg nicht zu den Vorreitern der kommunalen Wärmeplanung gehöre, sondern zu den Schlusslichtern.

Auch für ihn habe die Altstadt hohe Priorität für die Etablierung von Wärmenetzen, aufgrund mangelnder Alternativen.

Er möchte ergänzend wissen, nach welchen weiteren Kriterien die Wärmenetze geprüft wurden. Er habe bereits den Vorschlag eingebracht, dass man schauen müsse wie mit möglichst wenig Finanzmitteln die höchstmögliche Emissionsminderung erzielt werden könne. Bei der knappen Haushaltslage der Stadt müsse man schauen, wie man mit den Mitteln zurechtkomme, die man habe. Auch die Fördertöpfe seien seit dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr voll, daher stelle die Finanzierung dieser Wärmenetze das Hauptproblem dar. In Deutschland gebe es Subventionen für fossile Energieträger im zweistelligen Milliardenbereich. Wenn diese konsequent abgebaut werden würden, könnte beim Thema erneuerbare Energien und Ausbau der Wärmenetze auch mehr gehen. Aus diesen Gründen müsse auch eine Kapitalerhöhung für die Stadtwerke kommen, sonst könne man die Aufgaben und Verantwortungen im Bereich der kommunalen Wärmeplanung und des Netzausbaus nicht erfüllen. Man müsse auch mit den lokalen Banken und der Bürgerenergiegenossenschaft sprechen, um nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Ein sehr wichtiger Punkt, der die Grundlage für die Transformation der Wärmeversorgung bilde, sei der Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Studie zur kommunalen Wärmeplanung wird auf eine Strombedarfssteigerung allein im Bereich der Wärme von sieben auf 124 Gigawattstunden verwiesen. Ohne einen drastischen Ausbau der erneuerbaren Energieträger, könne dieser Strombedarf nicht gedeckt werden.

Oberbürgermeister Arnold bekräftigt nochmals, man müsse trotz allem eine Förderung von übergeordneter Stelle bekommen, da man dies ohne nicht selbst schultern könne und sich ein Ausbau sonst nicht rechne.

Herr Ernst entgegnet, dass eine Förderung unabdingbar sei und auch den Takt des Ausbaus vorgebe. Aus diesem Grund könne auch nicht parallel an verschiedenen Projekten gleichzeitig gearbeitet werden.

Herr Geberth erläutert nochmals die zustande gekommene Priorisierung. Es gebe Richtwerte, ab welcher Energiedichte sich Gebiete für Nieder- oder Hochtemperaturnetze eignen. Nach diesen Richtwerten und einer geologischen und quartiersweisen Abgrenzung wurden die Teilgebiete priorisiert. Grundsätzlich müsse das Wärmenetz wirtschaftlich sein und sich selber tragen können. Die Stadtwerke gingen hier nur in Vorleistung. Dort wo Wärmenetze wirtschaftlich seien, sollten diese auch ausgebaut werden.

Stadtrat Dr. Benk/s. ö. I. verweist zwar auf die gesetzliche Verpflichtung der Wärmeplanung, bemängelt jedoch, es sei keine gesetzliche Verpflichtung unter den Zielszenarios etwas völlig Illusorisches auf Papier zu bringen wie bei dem Szenario KLIM II, mit der Vorstellung im Jahr 2035 sei hier alles Klimaneutral. Das sei sehr unwahrscheinlich und glaube niemand. Es sei ein Realismus geboten wie Herr Geberth das in der Zeitung getan habe, der klipp und klar gesagt habe, dass absolut unklar sei wie die Wärmenetze gespeist werden könnten. In der gegenwärtigen Situation halte er solche Äußerungen, von denen man mit sehr hoher Gewissheit sagen könne, dass es so komme, für unabdingbar notwendig um den Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit zu geben. Für Oberbettringen könne man nun mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit sagen, dass dort ein Wärmenetz komme. Für die restlichen Ortsteile und die große Mehrheit von Schwäbisch Gmünd, und hier bitte er um weitere Auskunft durch die Stadtwerke, könne man aber sagen, dass bis zum Jahr 2035 oder vielleicht sogar 2040 nicht mit dem Ausbau eines Wärmenetzes gerechnet werden könne, und man auf Einzelversorgung angewiesen sei. Dies wäre eine klare Aussage aufgrund der die Leute planen könnten, und die der vorliegenden Wärmeplanung auch entnommen werden könne.

Herr Ernst erklärt, dass solche Informationen zur Schaffung weiterer Klarheit, wo welche Netze wahrscheinlich sind, und wo vielleicht erst in 15 Jahren oder in 20 Jahren etwas möglich sein wird, in einer Broschüre zusammengefasst werden. Hier sei man dran.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste muss Herrn Dr. Benk recht geben. Für die Bürgerinnen und Bürger seien diese Diskussionen zu abstrakt und viele Menschen könnten sich Investitionen oft nicht leisten. Viele fragen sich auch, was sie tun sollten, wenn sie sich nicht an ein Wärmenetz anschließen wollen oder können.

Herr Ernst erklärt, dass Leute die nicht angeschlossen werden können, aufgrund des Gebäudeenergiegesetzes wohl zukünftig auf Wärmepumpen umsteigen müssen.

Herr Geberth empfiehlt diesen Menschen dringend eine Energieberatung in Anspruch zu nehmen, um zu eruieren welche Lösung für diese am günstigsten sei.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert sich skeptisch, ob die Potenzialanalyse ausreichend sei, um das Zielszenario Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Er frage sich auch, wo die gesamte Energie in den Wintern herkommen solle, um CO<sub>2</sub>-neutral zu heizen. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse klar gemacht werden was es kosten würde, um solche Ziele zu erreichen.

Oberbürgermeister Arnold betont nochmals, dass man in Oberbettringen-Ost sehr weit sei, und hierfür trotzdem Zuschüsse von Bundesebene benötigt würden. Man vernachlässige aber auch kleinere Insellösungen nicht und hätte hier auch Vorzeigeprojekte.

Stadtrat Preiß/CDU erklärt, dass sich die Sache rechnen müsse.

Um diese Wirtschaftlichkeit zu erreichen, müsse den Leuten vorgegeben werden, wann was wo komme. So könnten die Stadtwerke als auch die Bürgerinnen und Bürger verlässlich planen und rechnen. Auch er verweist darauf, dass in der Innenstadt keine Chancen für bspw. Wärmepumpen bestehen.

Herr Nothofer erläutert, dass man noch nicht sagen könne, was nach dem Ausbau des Wärmenetzes in Bettringen Ost als nächstes konkret angegangen werden könne, denn dies hänge immer von der konkreten Investition ab. Natürlich denke man weiter, und wolle die Innenstadt konkret angehen, aber aufgrund der Kosten könne man derzeit nicht sagen, wann dies geschehe. Zunächst wolle man das Projekt in Bettringen umsetzen und abschließen, aber auch hier könne man noch nicht genau sagen, wann dies der Fall sei. Bis Ende 2026 müsse für Bettringen Nordwest ein Transformationsplan vorgelegt werden, was bedeutet, dass man nicht nur Bettringen Ost plane, sondern Bettringen Nordwest mit plane. Man habe viel über die Finanzierung gesprochen, diese gebe den Zeitplan vor für alles Weitere.

Stadtrat Bläse/CDU entgegnet, dass Herr Nothofer aus seiner Sicht recht habe, und man eines nach dem anderen abarbeiten müsse. Aber man selbst brauche auch einen Plan um zu wissen, wie es weitergehe. Dieser müsse auch nicht in Stein gemeißelt sein, aber eine grobe Zielvorgabe brauche es.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen möchte nicht, dass der Eindruck entstehe es werde Stadtteile geben, die sich günstige Wärme leisten könnten und andere nicht, denn so sei es nämlich nicht. Die Wärmeplanung sage klar, dass es Bereiche gebe in denen sich ein Wärmenetz nicht lohne, was im Umkehrschluss bedeute, dass eine Wärmepumpe deutlich wirtschaftlicher sei. Im Gebäudeenergiegesetz gebe es die Möglichkeit eines Zuschusses von bis zu 70 % für neue Wärmepumpen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, Stadtwerke

nachrichtlich an Amt:

**zu 3      Hangabsicherung Außenanlagen Neubau Kindergarten Kunterbunt  
hier: Vergabebeschluss  
Vorlage: 015/2024**

**Protokoll:**

Herr Bouillon erläutert anhand der beigefügten Präsentation die Vorlage.

Stadtrat Kaiser/CDU könne aufgrund der Darstellung des Sachverhalts dem Beschlussantrag zustimmen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen möchte wissen, ob weitere Bäume gefällt werden müssen, und ob die Wurzelbereiche der Bäume gesichert werden.

Herr Bouillon antwortet, das im vorderen Bereich drei Bäume gefällt werden müssten, was in der Baumkommission auch besprochen wurde. Im hinteren Bereich sind keine weiteren Bäume betroffen.

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich, wann die restlichen Außenanlagen fertiggestellt werden.

Herr Bouillon antwortet, dass für 2025 nochmal 300.000 EUR eingeplant sind.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die VGW mit einer spätesten Fertigstellung Ende 2025 plane. Ziel sei es, im September 2025 fertig zu werden.

Stadtrat Dr. Benk/s. ö. I. bittet künftig, die Kostenschätzungen der Vorlagen beizufügen. Es sei erstaunlich, dass sechs Angebote eingegangen seien und möchte wissen, ob dies ein Hinweis auf eine sich verändernde Marktlage sei.

Herr Bouillon bestätigt diesen Eindruck. Es seien hier auch Angebote von weiter weg abgegeben worden, was ein Indiz für eine schlechtere Auftragslage sei.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Vergabe folgender Arbeiten für das Projekt Außenanlagen Neubau Kinderhaus Kunterbunt wird zugestimmt:

- Böschungssanierung an die Firma Grünanlagen Schwarz GmbH, Aalen, gemäß Angebot vom 23.01.2024 in Höhe von 127.531,01 €.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67, 20

nachrichtlich an Amt:

**zu 4      Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 C "Neues Wohnen Güglingstraße", Gemarkung Bettringen, Flur Bettringen  
- Entwurfsbeschluss  
Vorlage: 002/2024**

### **Protokoll:**

Herr Hackner erläutert die Vorlage anhand der beigefügten Präsentation und Anlage.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Präsentation und weist auf die einstimmige Beschlussfassung im Ortschaftsrat Bettringen hin. Das Wohngebiet biete die Chance, Arbeiten und Wohnen, insbesondere mit Blick auf das angrenzende Gewerbe- und Industriegebiet Gügling, näher zu bringen. Ihn freue auch, dass das Thema nachhaltiges Bauen berücksichtigt wurde, da insbesondere viel mit Holz gebaut werden solle. Die derzeit sehr schmale und nicht ausgebaute Güglingstraße, auf der sehr viel Verkehr zum Gügling ablaufe, könne mit Erschließung des Baugebiets nun endlich hergerichtet und verkehrsberuhigt ausgebaut werden. Insgesamt könne dieses Wohngebiet durch neue Infrastruktur aufgewertet werden. Der Ortschaftsrat Bettringen wurde im Verfahren und im Austausch mit den Investoren sehr gut eingebunden.

Stadtrat Bläse/CDU möchte wissen, welche Vorgaben für die nachhaltige Bauweise gemacht werden bzw. wo diese enthalten sein soll. Bei der Wärmeversorgung gehe er davon aus, dass es in diesem Gebiet auf eine Insellösung hinauslaufen werde. Dies funktioniere dann natürlich nur, wenn sich hier alle beteiligen würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass für die Wärmeversorgung bisher an eine Insellösung gedacht wurde. Sollten die Stadtwerke mit dem Wärmenetz nun schneller vorankommen als gedacht, stünde dem aber ja nichts im Wege.

Herr Hackner ergänzt, dass Holzbauweise vorgeschrieben werde.

Stadtrat Zengerle/SPD stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Dr. Benk/s. ö. I. begrüßt den verdichteten sozial-bezahlbaren Wohnraum der auch nachhaltig ausgeführt werden solle. Er stimme seinem Vorredner Stadtrat Bläse zu, dass die Bauweise festgeschrieben werden müsse. Er habe diesbezüglich in der Vorlage nichts gefunden.

Herr Hackner ergänzt, dass es sich bei den Flächen um städtische Grundstücke handelt. Insofern werde die Holzbauweise auch in die Kaufverträge aufgenommen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste begrüßt die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Sie würde gerne wissen, ob bei der Insellösung auch die Einfamilienhäuser einbezogen werden oder nicht.

Herr Hackner antwortet, dass die Stadt bei Vergabe der Bauplätze die Möglichkeit habe vorzugeben, wie die Wärmeversorgung auszusehen hat. Die Investoren werden mit einer quartiersweisen Energieversorgung das gesamte Wohngebiet abdecken können. Wenn der geplante Ausbau des Wärmenetzes gleichzeitig kommen sollte, könne auch hieran nahtlos angeschlossen werden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW lobt die vorbildliche Planung und Abwägung in dieser Planung. Dies hätte man sich auch für das Fehrle Areal gewünscht.

Stadtrat Preiß/CDU regt zwei Bäume je 500 qm Grundstücksfläche an.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61  
nachrichtlich an Amt:

**zu 5      Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes "Erneuerbare Energien" der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit dem Zieljahr 2035  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 235/2023**

**Protokoll:**

Herr Hackner erläutert die Vorlage anhand der beigefügten Präsentation und Anlage.

Stadtrat Bläse/CDU verweist auf die Sonderflächen für Freiflächen-Photovoltaik, die man bereits analysiert habe. Für ihn handelt es sich um eine rein technische Formalität, den Flächennutzungsplan speziell hierfür separat aufzustellen. Insofern könne man der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen verweist ebenfalls auf die formalplanerische Aufteilung in zwei Flächennutzungspläne. Er möchte wissen, ob es noch andere Anfragen aus Stadtteilen für Freiflächen-Photovoltaik gab die hier nicht aufgeführt seien und

Herr Hackner entgegnet, dass weitere Flächen aufgenommen wurden. Es gab auch Anfragen von Landwirten zur Aufnahme weiterer Grundstücke, wobei es sich allerdings auch oft um beste Ackerböden handelte.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für die nachvollziehbare Darstellung. Er möchte nur darauf verweisen, dass die ausgewiesenen 1,19 % an Fläche hierfür zu wenig seien. Das Landesziel gebe hier 2 % vor. Perspektivisch müsse man eher sogar über 3 % sprechen.

Stadtrat Dr. Benk/s. ö. l. widerspricht, es handle sich nur um eine technische Sache. Die 80 ha die hier aufgeführt seien, wurden nach dem Regionalplan 2010 als Vorranggebiete eingestuft, und somit als schützenswert bewertet. An diesem Umstand habe sich eigentlich nichts geändert. Man opfere wertvolle Flächen für Photovoltaik. Diese Situation sei schwierig, denn man gebe etwas Wertvolles her, um etwas anderes Notwendiges zu erreichen. Umso mehr müsse man bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans schauen, wo man den Flächenverbrauch reduzieren könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW zeigt sich zufrieden, dass hier alle Ortschaftsräte eingebunden wurden.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61

nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035  
- Entwurfsbeschluss  
Vorlage: 236/2023**

**Protokoll:**

Herr Hackner und Frau Schnalzger vom Büro G+H Ingenieurteam erläutern die Vorlage anhand der beigefügten Präsentation und Anlage.

Stadtrat Bläse/CDU erklärt, dass der Flächennutzungsplan mit dem Landschaftsplan das wichtigste Planungsinstrument darstelle, um die städtebauliche Entwicklung nachhaltig zu prägen. Man habe sich nun sehr lange und intensiv hiermit beschäftigt. Beim Flächennutzungsplan gehe es nicht nur um Flächenverbrauch, auch um sehr viele andere Dinge die berücksichtigt werden müssten. Der CDU-Fraktion ist der Wohnraum sehr wichtig. Man brauche Wohnraum für Menschen die zuziehen oder bauen wollen, und zwar in verschiedensten Bauformen und für Menschen in allen Einkommensschichten. Hier müsse man breit aufgestellt sein. Herr Hackner habe in seinen Ausführungen gezeigt, dass nach der Wohnraumbedarfsanalyse eigentlich sogar zu wenig Wohnraum ausgewiesen sei. Die CDU betrachte die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes insgesamt als ausgewogen, und nicht ausgereizt. Wichtig sei der CDU auch das Thema Gewerbeflächen. In Herlikofen solle nun eine Fläche herausgenommen werden, was man nicht nachvollziehen könne. In der Nord-schiene von Schwäbisch Gmünd gebe es für Gewerbe fast keinen Platz. Man wolle den Ortschaftsrat Herlikofen mit seinem Votum hier nicht bevormunden, aber dieses müsse nochmals dringend überdacht werden. Man vergebe sich nichts, wenn man diese Fläche aufnehme, allerdings schon, wenn man sie von vornherein ausschließe. Er plädiere daher dafür, das Gebiet als Optionsfläche weiterhin aufzuführen. Es sei klar, dass der tatsächliche Verbrauch bzw. die Bebauung von Flächen so gering wie möglich gehalten werden müsse und verdichtete Bebauung und Innenentwicklung zu priorisieren sei. Abschließend plädiere er dafür, den Flächennutzungsplan so zu verabschieden und die Gewerbefläche in Herlikofen nicht auszuschließen, sondern diese weiterhin aufzuführen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen ist beim Wohnflächenbedarf aufgefallen, dass die Pendlerquote falsch angegeben sein müsste, denn er habe eine höhere Auspendler- statt Einpendlerquote in Erinnerung. Die gegenseitige Bilanzierung müsste genauer betrachtet werden. Ebenso merkt er an, dass im zentralen Bereich von Schwäbisch Gmünd sehr viel verdichteter Wohnraum entstanden sei, aber hiervon sei ein Großteil noch gar nicht bezogen. Hier handle es sich um Wohnraum, der zur Verfügung stehe und man wisse auch, dass dies kein günstiger Wohnraum sei. Billig bauen gehe nicht mehr. Es wurde hier also viel Wohnraum geschaffen, der jedoch noch belegt werden müsse. So könne also ein gewisser Teil an Wohnraumbedarf noch abgedeckt werden. Des Weiteren verweist er auf die Werkstattgespräche, in denen man sich gemeinsam Gedanken gemacht habe, welche Flächen man der Natur auch wieder zurückgeben könne. Hier wurde unter anderem besprochen, dass Flächen, die für

die Frischluftzufuhr der Stadt von Bedeutung sind, unter entsprechenden Schutz gestellt werden sollten. Unter anderem waren dies die Schapplachhalde und der Klarenberg, die auch im klimagerechten Flächenmanagement der Stadt Schwäbisch Gmünd nicht für eine Bebauung empfohlen werden. Jetzt bringe man allerdings einen Bereich in der Schapplachhalde mit 2,1 Hektar der dicht bebaut werden solle. Dies widerspricht allem, was bisher besprochen wurde. Er empfehle seiner Fraktion keine Zustimmung.

Oberbürgermeister Arnold erklärt, Herr Hackner habe Änderungen und Überlegungen, die auch aus dem Gemeinderat kamen, eingearbeitet.

Herr Hackner stellt klar, dass die Einpendlerquote überwiege. Man habe eine Einpendlerquote von 16.000 gegenüber einer Auspendlerquote von 11.000 Personen. Er verweist auch darauf, dass bspw. in Großdeinbach eine Streuobstwiese aufgenommen wurde, die nun unter Schutz gestellt wurde.

Stadtrat Schwab/SPD sieht ebenfalls einen Bedarf an Flächen für Wohnraum und Gewerbe, auch mit Blick auf die deutlich gestiegenen Bevölkerungszahlen. Er betrachte nun das Gesamtpaket und für ihn mache es wenig Sinn, sich nun wieder über einzelne Flächen zu unterhalten. Die insgesamt 190,8 ha Fläche seien deutlich zu viel. Es werde immer wieder diskutiert, man müsse die Natur schützen und mit Flächen sorgsam umgehen. So werde man dieser Verantwortung nicht bewusst. Bei der Ausweisung des Flächenbedarfs für Wohnen komme das Regierungspräsidium Stuttgart zu dem Ergebnis, dass die Stadt Schwäbisch Gmünd hier falsch gerechnet habe. Man hätte eigentlich nur einen Flächenbedarf von 36,4 Hektar. Dem gegenüber steht eine Mehrausweisung von 46,3 Hektar. Das Regierungspräsidium geht von 60 Einwohnern je Hektar aus. Unser Ziel sollte es sein, Richtung 100 Einwohner je Hektar zu kommen, denn dann bräuchte man deutlich weniger Fläche. Auch er empfehle seiner Fraktion keine Zustimmung, man werde jedoch nochmals intensiv darüber beraten.

Stadtrat Dr. Benk/s. ö. I. würdigt die Arbeit, die hinter dieser Vorlage stecke.

Ihm falle auf, dass viele Bedenken die nun vorgebracht wurden, auch nahe an denen liegen, die seine Fraktion vorgebracht habe. Er verweist insbesondere auf die Stellungnahmen des Landratsamts und des Regierungspräsidiums. Er kritisiert, dass der Flächenbedarf daraufhin nur marginal verändert wurde. Die Verwaltung sei daran interessiert den Flächenverbrauch möglichst reduziert darzustellen.

Nach der öffentlichen Anhörung wurden auch Grünflächen ausgewiesen. Er möchte wissen, wie hoch der Flächenanteil an Grünflächen beim bisher vorliegenden Entwurf sei.

Es gäbe Zielkonflikte zwischen Wohnen, Arbeit und Landwirtschaft.

Der Geschäftsbereich Landwirtschaft beim Landratsamt habe festgestellt, dass inklusive der PV-Freiflächenplanung 310 ha landwirtschaftliche Fläche beansprucht werde. Die landwirtschaftlichen Belange werden deutlich weniger berücksichtigt, als andere. Der Grund, warum sich der Ortschaftsrat Herlikofen mit nur einer Gegenstimme gegen das Gebiet „Kreuzäcker“ ausgesprochen habe, sei, dass es in Herlikofen nur noch zwei landwirtschaftliche Betriebe gebe, und landwirtschaftliche Flächen in diesem Gebiet bereits durch eine Gewerbeansiedlung weggefallen seien.

Die Maßnahmen des vorliegenden Landschaftsplans wäre ein großer Gewinn. Aber auch der alte Landschaftsplan sei wunderbar gewesen. Die Erfahrung der vergangenen Jahre habe gezeigt, dass viele Maßnahmen nicht umgesetzt wurden. Er habe keine Hoffnung, dass die nun geplanten Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt

werden. Es wäre wünschenswert eine Auflistung zu erhalten, welche Maßnahmen des vergangenen Landschaftsplans tatsächlich umgesetzt wurden.

Abschließend möchte er gerne wissen, ob die Vorlage auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung genommen werde, und wie die Abstimmung vorgesehen sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, man habe die Vorlage im Gemeinderat auf die Tagesordnung genommen, weil man danach in die Verwaltungsgemeinschaft mit Waldstetten gehen müsse.

Stadtrat Dr. Benk/s. ö. l. möchte wissen, ob dann insgesamt im Gesamtpaket, oder ob über die einzelnen Beschlussanträge abzustimmen sei. Es seien aus seiner Sicht Beschlussanträge dabei, die man befürworten könne, andere aber nicht.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man bei einer Ablehnung des Flächennutzungsplans wieder bei null anfangen. Über einzelne Anträge abzustimmen, gehe nach seinem Empfinden nicht. Er verstehe nicht, warum man dann in den vergangenen Monaten und Jahren so viele Runden in den Ortschaftsräten, in Arbeitsgruppen, mit den Behörden usw. gedreht habe, wenn nun über einzelne Gebiete abgestimmt werden solle. Dieser Vorschlag zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans sei bereits ein ausgearbeiteter Kompromissvorschlag, in der auch die Wünsche der Ortschafts- und Gemeinderäte berücksichtigt seien. Für die Transformation müsse man auch Angebote schaffen, der Blick nach Norddeutschland zeige dies. Über das Weitere zur Abstimmung solle nochmals beraten werden.

Herr Hackner und Frau Schnalzger, erläutern anhand der Präsentation nochmals kurz, wie die Zahlen des Regierungspräsidiums und die Flächenbedarfe zustande kommen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen schlägt aufgrund mangelnden Wohnraums vor, generell Gebiete oder Straßenzüge zu analysieren, bei denen im Bestand zusätzlicher Wohnraum durch einfache Aufstockung oder Erweiterung realisiert werden könne. So könne man Flächenverbrauch eindämmen. Beim Sondergebiet Aspen oder in Gewerbegebieten, möchte Sie wissen, ob man auf die Gewerbeeinheiten nicht einfach Wohnraum aufsetzen könne.

Frau Schnalzger verneint zusätzlichen Wohnraum in Gewerbegebieten. Dies sei aufgrund der zusätzlichen Lärmbelastung und Immissionen nicht zielführend bzw. vereinbar.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW respektiere die Arbeit und den Umfang der Beschlussvorlage. Letztendlich gehe es darum, möglichst wenig Fläche zu versiegeln und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu sichern. Schwäbisch Gmünd habe ein strukturelles Defizit, das angegangen werden müsse. Im Jahr 2023 habe man 28 Mio. Euro an Gewerbesteuererinnahmen zu verzeichnen. Aalen liege hier bei 51 Mio. Euro exklusive der geplanten Groß-Gewerbeansiedlung in Ebnat und Göppingen sogar bei 52 Mio. Euro. In Schwäbisch Gmünd verzeichne man ein großes Delta. Er sehe es als die Pflicht der Stadträtinnen und Stadträte an, dieses Delta zu minimieren, und hierzu komme man um die Ausweisung neuer Flächen nicht umhin.

Oberbürgermeister Arnold bekräftigt nochmals, dass man im Jahr 2022 noch 60 Hektar mehr an Wohnflächen und 30 Hektar mehr an Gewerbeflächen vorgesehen hatte. Auf Anregungen seitens der Gemeinderäte und Ortschaftsräte sei man hiervon abgerückt und habe Flächen reduziert und wieder rausgenommen. Er sehe dies als großen Kompromiss und finde, man bewege sich im Vergleich im anderen Städten sogar eher im unteren Bereich des erforderlichen Angebots.

Stadtrat Dr. Benk/s. ö. I. widerspricht der Darstellung, die Verwaltung sei zu Beginn mit mehr Flächen in die ersten Entwürfe gegangen. Bei genauerer Betrachtung wurden im Nachgang Flächen reduziert und herausgenommen, die sowieso nicht überbaut werden dürften, da sie beispielsweise den Zielen des Regionalplans entgegenstünden. Gestrichen wurden Flächen, die sich nicht realisieren ließen und eigentlich gar nicht erst hätten aufgenommen werden dürfen.

Oberbürgermeister Arnold widerspricht. Am Beispiel auf dem Lindenfeld in Bettringen sehe man dies. Seit Jahren habe man nun das Thema verdichtetes Bauen im Blick. Dies hätte auf dem Gebiet zwischen Lindenfeld und der Stiftung Haus Lindenhof aufgenommen werden können. Im Ortschaftsrat Bettringen wurde dies jedoch nochmals diskutiert, und wieder herausgenommen. Eine verdichtete Bebauung hätte mit Blick auf das Haus Lindenhof gut zusammengepasst. Diese Fläche mit 20 Hektar komplett wieder zu streichen, fiel der Verwaltung nicht leicht. Es sei nie Ansatz der Verwaltung gewesen mit Flächen in den Entwurf zu gehen, die sich nicht tatsächlich realisieren ließen, nur um sie dann wieder zu streichen.

Stadtrat Bläse/CDU empfindet die Äußerungen von Herrn Stadtrat Benk als Unterstellung. Auch er verweist nochmals eindrücklich darauf, dass in allen Ortschaftsräten mehrmals über die Flächenkulisse diskutiert, und hierbei auch auf die Wünsche bzw. Anregungen der Ortschaftsräte Rücksicht genommen wurde

Stadtrat Schwab/SPD bemängelt, dass nun der Eindruck erweckt werde, es handle sich bei diesem Vorschlag um einen Kompromiss, wie Oberbürgermeister Arnold sage, und man den Räten hier entgegengekommen sei. Er sehe viel eher, dass die Position der Verwaltung durchgesetzt werden solle und kein Wert darauf gelegt werde, weniger Flächen auszuweisen. Er bemängelt auch, dass Themen miteinander vermischt werden, die nicht zusammengehören, wie beispielsweise der Vergleich mit Aalen-Ebnat. Ganz im Gegenteil, habe man doch mit dem Sondergebiet Aspen große Flächen für Gewerbe und Industrie ausgewiesen. Doch was habe sich hier bisher getan; Firmen bzw. geeignete Interessenten gäbe es bis heute keine dafür.

Oberbürgermeister Arnold widerspricht. Es wurden erheblich Flächen reduziert, was einige nun so nicht wahrhaben wollten. Die Demokratie lebe vom Kompromiss und man müsse akzeptieren, dass auch gegenteilige Meinungen und Haltungen nicht zu 100 Prozent durchzusetzen seien. Er fordere die nun kritisierenden Stadträtinnen und Stadträte dazu auf, sich dann gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen und zu erklären, man stimme dem Flächennutzungsplan nicht zu, da ihre Bedenken nicht zu 100 Prozent berücksichtigt wurden. Politik auf kommunaler Ebene sei Interessenspolitik, die ausgeglichen werden müsse. Es wäre blamabel, wenn das Ergebnis wie es nun vorliege abgelehnt werden würde.

Ortsvorsteher Zischka spricht von Großdeinbach. Hier habe man in mehreren Gesprächen mit der Verwaltung Flächen ordentlich reduziert und wieder herausgenommen. Die Flächen die nun in den neuen Flächennutzungsplan aufgenommen werden sollen, seien für die weitere Entwicklung von Großdeinbach wichtig.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen widerspricht der Darstellung, man betreibe hier nun eine Art Fundamentalopposition. Er bekräftigt für seine Fraktion, dass sie zu dem Sondergebiet Aspen gestanden habe und man hierfür teilweise heftig kritisiert wurde. Auch dies müsse man anerkennen. Auch stehe man zu einzelnen Flächen in den Ortsteilen, die für die weitere Ortsentwicklung dienlich seien. Es fehle jedoch eine Idee der Verwaltung, wie man auf einen netto-null Flächenverbrauch kommen könne. Hierüber müsse man diskutieren können. Auch er möchte nochmals wissen, ob nun über die einzelnen vielen kleinen Beschlussanträge insgesamt abgestimmt werden solle.

Oberbürgermeister Arnold erklärt, er werde sich über das Beschlussbild nochmals mit der Verwaltung beraten.

Stadtrat Geiger/CDU zeigt sich erstaunt über die Politik von SPD, Grünen und Linken finde deren Haltungen und Einstellungen rückwärtsgewandt. Man habe doch eben von einem Ortsvorsteher gehört, dass Flächen in den Ortsteilen auch wieder herausgenommen wurden, und die nun vorliegenden im Plan aufgenommen Flächen für deren weitere Entwicklung benötigt würden.

Oberbürgermeister Arnold bekräftigt nochmals zum Schluss, dass ein Kompromiss gefunden werden müsse.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61  
nachrichtlich an Amt:

**zu 7      Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 9. Änderung (Güglingstraße), Gemarkung Bettringen, Flur Bettringen  
- Entwurfsbeschluss  
Vorlage: 003/2024**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61  
nachrichtlich an Amt:

- zu 8**      **Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten, 15. Änderung Strutfeld 4. Erweiterung Wohnen, Gemarkung Bargau  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 208/2023**

**Protokoll:**

Herr Hackner erläutert, dass es sich hierbei um den notwendigen ersten Schritt handle, um den Flächennutzungsplan parallel zum bereits angestoßene Bebauungsplanverfahren fortzuführen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61  
nachrichtlich an Amt:

- zu 9**      **Kulturzentrum Prediger in Schwäbisch Gmünd  
Austausch Hackgutkessel  
Vorlage: 006/2024**

**Protokoll:**

Herr Caesar erläutert die Vorlage anhand der beigefügten Präsentation und Anlage.

Stadtrat Kaiser/CDU möchte wissen, wie lange der Heizkessel voraussichtlich halte und ob dieser tauglich, um weitere Gebäude im Umfeld zu versorgen.

Herr Caesar antwortet, dass mit dem Volumen des Heizkessels nur der Prediger versorgt werden könne. Er sei auch nicht für eine weitere Wärmeplanung wie eingangs thematisiert ausgelegt. Diese Art Heizungen seien sehr Wartungsintensiv und man rechne mit einer Lebensdauer von 15 - 20 Jahre.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen möchte ebenfalls wissen, ob das Heizsystem zukünftig auch in ein Nahwärmenetz integriert und umgerüstet werden könne und ob es für das Gebäude eine energetische Untersuchung gebe.

Herr Caesar antwortet, das Amt für Gebäudewirtschaft arbeite die nächsten zwei Jahre an einem gebäudeenergetischen Gesamtportfolio um analysieren zu können, wo der Schuh am meisten drücke. Dann könne man auch in finanzieller Hinsicht entscheiden, wo zuerst Hand angelegt werden müsse. Aktuell habe man den Prediger energetisch noch nicht im Visier.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Vergabe der Heizungsarbeiten am Kulturzentrum Prediger in Schwäbisch Gmünd an die Firma Hassler aus Lauchheim mit einer Angebotssumme von 136.768,49 € brutto.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65, 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 10      Ausblick auf künftige Vorhaben****Protokoll:**

Herr Geberth zeigt die weiteren Schritte bzgl. des Klimaanpassungskonzepts auf. Aktuell finden Fachgespräche mit einzelnen Ämtern und Personen zu bestimmten Themen statt. Am 19.02.2024 gebe es einen Workshop zu dem Thema. Am 27.02.2024 finde eine Bürgerinformationsveranstaltung statt, zu der auch die Räte herzlich willkommen seien. Im März oder April finde dann ein zweiter Workshop statt, um einzelne Maßnahmen zu skizzieren. Im Juni solle ein beschlussfähiges Konzept vorliegen, da dieses für einen Folgeantrag zu Förderungen und der Umsetzung der Maßnahmen benötigt werde. Ende des Förderzeitraums sei Februar 2025.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

**zu 10.1      Windvorranggebiet Lauterstein****Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold berichtet über das Vorhaben der Region Stuttgart, den Windpark Lauterstein zu erweitern. Es habe zeitlich nicht mehr gereicht die Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen, daher werde Herr Geberth nun unter Ausblick auf künftige Vorhaben kurz darüber berichten. Man müsse hier eine formale Stellungnahme gegenüber der Region Stuttgart abgeben. Die Vorlage werde auf die Tagesordnung des Gemeinderats am 07.02.2024 gesetzt.

Herr Geberth erläutert anhand der beigefügten Präsentation/ Anlage die Planungen der Region Stuttgart bzgl. der Ausweisung weiterer Windvorranggebiete in Lauterstein.

Im Kern gehe es um eine Erweiterung des Windparks auf der Lützelalb der dicht an Degenfeld und Weißenstein angrenze. Die Stellungnahme der Stadt Schwäbisch

Gmünd werde dahingehend ausfallen, dass man die Notwendigkeit für Vorrangflächen anerkenne, die aktuelle Abgrenzung allerdings kritisch sehe. Der Bernhardus müsse weiterhin ausgenommen sein. Weitere Windkraftanlagen an der Gemarkungsgrenze zu Degenfeld führten zu einer drohenden Überlastung der Bevölkerung aufgrund Betriebsgeräuschen und Schattenschlag, dies mit Blick auf die bereits bestehenden Anlagen. Des Weiteren fordere man einen Abstand von 1.000 m zu den bestehenden bzw. vorgesehenen Siedlungen, da dieser Mindestabstand im Regionalverband Ostwürttemberg so beschlossen wurde.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bekräftigt, der Abstand von 1.000 m zu den Siedlungen ergebe sich aufgrund der Lärmbelastung. Hierauf müsse man abzielen.

Stadtrat Schwab/SPD ist es grundsätzlich wichtig, dass nicht pauschal auf Mindestabstände eingegangen werde. Es müsse auch im Einzelfall geprüft werden.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

## zu 10.2 **Klimaanpassungskonzept** **Vorlage: 012/2024**

### **Protokoll:**

Herr Geberth zeigt die weiteren Schritte bzgl. des Klimaanpassungskonzepts auf. Aktuell finden Fachgespräche mit einzelnen Ämtern und Personen zu bestimmten Themen statt. Am 19.02.2024 gebe es einen Workshop zu dem Thema. Am 27.02.2024 finde eine Bürgerinformationsveranstaltung statt, zu der auch die Räte herzlich willkommen seien. Im März oder April finde dann ein zweiter Workshop statt, um einzelne Maßnahmen zu skizzieren. Im Juni solle ein beschlussfähiges Konzept vorliegen, da dieses für einen Folgeantrag zu Förderungen und der Umsetzung der Maßnahmen benötigt werde. Ende des Förderzeitraums sei Februar 2025.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

## zu 10.3 **Wasserstoff-Elektrolyseur auf dem Gügling**

### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold verkündet, dass die geplante Wasserstofftankstelle auf dem Gügling nun genehmigt wurde.

Herr Groll erläutert anhand eines Plans nochmals kurz das Gesamtvorhaben zum Elektrolyseur auf dem Gügling. Die Bauarbeiten gehen hier zügig voran. Die Stadt habe sich eine Abnahme von Wasserstoff von der Betreiberfirma vertraglich gesichert.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 11      Bekanntgaben**

### **zu 11.1    Leihfahrradsystem Schwäbisch Gmünd - Kündigungswunsch gegenüber Deutsche Bahn Connect GmbH - RegioRad Vorlage: 008/2024**

#### **Protokoll:**

Herr Stemke gibt bekannt, dass die DB-Regioräder vom Betreiber aufgeräumt wurden. Man gebe hier nun eine zweite Chance und beobachte die Situation. Bzgl. des Förderprogramms der Stadt zu den Lastenfahrrädern könne er mitteilen, dass die Gelder in Anspruch genommen wurden. Im nächsten Doppelhaushalt seien jeweils 10.000 Euro vorgesehen. Das Programm werde also weiterlaufen, jedoch mit einem etwas geringeren Volumen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 12      Anfragen**

### **zu 12.1    Wohnbauvorhaben am Fünfkopfturm**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Dr. Benk/s. Ö. I. habe der Presse entnommen, dass neben dem Kino ein Bauprojekt stattfinden. Er wolle den Stand der Dinge erfahren, und ob der Bauausschuss hierüber unterrichtet werde.

Oberbürgermeister Arnold entgegnet, dass es sich um einen privaten Bauantrag mit Baurecht handle. Der Bauantrag werde in der Verwaltung ganz gewöhnlich bearbeitet.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 61

## **zu 12.2 Wasserspiele und Baubotanik auf dem Marktplatz**

### **Protokoll:**

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen möchte nochmals zugesichert wissen, dass das eingeplante Geld wie von Herrn Bürgermeister Baron in den Haushaltsberatungen mitgeteilt, auch nicht für Planungen ausgegeben werde, ehe man im Gemeinderat nochmals darüber beraten habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, man habe den Fahrplan im Verwaltungsausschuss bekannt gegeben, da es sich um Fördermaßnahmen aus dem ZIZ-Programm handle. Hierüber werde man am 20.03.2024 nochmals informieren.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: